

Beratungsfolge

Beratungsgegenstand

Anfrage zum Thema Knallerei und Feuerwerk zu Sylvester

Anfrage

Zum Jahreswechsel 2020/21 und 2021/22 gab es in Deutschland aufgrund der Corona-Pandemie weitgehende Verkaufsverbote für Feuerwerk. Damit wurden den Kommunen Entscheidungen über den Umgang mit Knallerei und Raketen in der Silvesternacht abgenommen. Allerdings wurde Sylvester in Deutschland in der Vergangenheit mit viel Feuerwerk und Knallerei gefeiert und die Corona-Maßnahmen sind mittlerweile weitgehend aufgehoben, so dass die Entscheidung für den Umgang mit Sylvester Feuerwerk zum Jahreswechsel 2022/23 erneut ansteht.

Im Gegenzug für den kurzfristigen "Spaß" der Verursacher entstehen erhebliche Folgeprobleme und Gefährdungen:

- Große Mengen Schwarzpulver werden emittiert und sorgen für einen erheblichen Anstieg der gesundheitsgefährdenden Feinstaubbelastung
- Tausende Tonnen an unnötigem Abfall werden produziert
- Es kommt zu teils schwerwiegenden Verletzungen auch von Unbeteiligten sowie zu vielen Sachschäden. Insbesondere die Böllerei unter Alkoholeinfluss verursacht viele Verletzungen und Sachschäden
- Lärm und hell leuchtende Blitze lösen bei Tieren Stress, Angst und Panik aus
- Alle vermeidbaren zusätzlichen Belastungen der Luftqualität sollten vermieden werden, denn diese sind Ursache für eine Vielzahl von Krankheiten, insbesondere von Atemwegserkrankungen
- Vor dem Hintergrund des Angriffskriegs in der Ukraine mit ihren vielen Zerstörungen und Opfern erscheint eine Verbindung von Knallerei und „Spaß“ unangebracht

Daher erscheint es angeraten, auch künftig das private Feuerwerk zu Sylvester deutlich zu reduzieren, wenn nicht ganz zu unterbinden. Die bislang geltenden Verbotszonen reichen dafür nicht aus. In den vergangenen Jahren haben immer

mehr Städte, wie z.B. Stuttgart, als Alternative saubere und ungefährliche Licht- und Lasershow veranstaltet.

Es stellen sich folgende Fragen an die Verwaltung:

1. Welche Verbotszonen wird es konkret geben?
2. Ist eine Erweiterung dieser Verbotszonen in Vorbereitung?
3. Wie wird die Verwaltung sicherstellen, dass Verbotszonen eingehalten bzw. kontrolliert werden?

Thomas Weber
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90 / Die Grünen